

## Inhalt

Val Duchesse II: EU-Kommission gibt neue Impulse für den europäischen Sozialdialog	1
<hr/>	
bvöd-Artikel teilen mit Social-Media-Buttons	3
<hr/>	
CEEP-Unternehmensumfrage: "Pulse of Public Services"	4
<hr/>	
Aktuelles aus Brüssel und vom CEEP	5
<hr/>	
EU-News im Überblick	11
<hr/>	
Mitglieder-News im Überblick	17
<hr/>	
Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen	20
<hr/>	
Terminvorschau 2015	23
<hr/>	
Kontakt	23

## Impressum

Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen - Deutsche Sektion des CEEP e.V. (bvöd)  
Invalidenstraße 91  
10115 Berlin  
fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0  
fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29  
email: info@bvoed.de  
www.bvoed.de

## Val Duchesse II: EU-Kommission gibt neue Impulse für den europäischen Sozialdialog

### CEEP ist seit 30 Jahren Teil des europäischen Sozialdialoges



Der 31. Januar 2015 markiert den 30. Jahrestag der Einführung des Europäischen Sozialdialoges: Am 31. Januar 1985 auf Schloss Val Duchesse (Belgien, siehe Foto) vereinbarten die euro-

päischen Sozialpartner der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite eine Zusammenarbeit in den Fragen der europäischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die Einführung des sozialen Dialogs zielte darauf ab, die europäischen Sozialpartner in die Ausgestaltung des europäischen Binnenmarktes einzubeziehen. **CEEP war in seiner Funktion als Verband der öffentlichen Arbeitgeber in Europa somit eines der "Gründungsmitglieder" des sozialen Dialogs auf europäischer Ebene.**

Im November 2014 fand ein Treffen der EU-Sozialpartner mit EU-Kommissionsvizepräsident Dombrovskis und EU-Kommissarin Thyssen (siehe [bvöd-Newsletter November 2014](#)) statt. Dort wurde beschlossen, 30 Jahre nach der Auftaktkonferenz zum EU-Sozialdialog in Val Duchesse im Jahr 1985 erneut eine hochrangige Konferenz zu veranstalten.

Die EU-Kommission organisiert nun am [5. März 2015 eine Konferenz](#) mit Spitzenvertretern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden aus Europa und den Mitgliedsstaaten, um „neue Impulse für den Sozialdialog auf EU-Ebene für einen Beitrag zu einer wettbewerbsfähigen und fairen wirtschaftlichen Erholung zu geben“.

Die deutsche Sektion des CEEP wird durch Herrn Dirk Reidelbach, stellvertretender Geschäftsführer der VKA und Mitglied im Gesamtvorstand des bvöd, vertreten sein.

## Stimmen zur EU-Kommissionsinitiative:

---

CEEP-Generalsekretärin Valeria Ronzitti [erklärte anlässlich des 30. Jahrestages](#) des EU-Sozialdialoges:

*„Der Sozialdialog hat zum Auf- und Ausbau des europäischen Sozialmodells beigetragen und ist Teil der Lösung für die heutigen Herausforderungen Europas. Daher unterstützt CEEP ausdrücklich sowohl die Stärkung des Dialoges zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, als auch des dreiseitigen Sozialdialoges, der zwischen den europäischen Institutionen und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern stattfindet.“*

Die Entwicklung des Sozialdialoges mit Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretern aus zehn EU-Mitgliedstaaten im Jahr 1985 hin zu einem Sozialdialog mit Vertretern aus mittlerweile 28 EU-Mitgliedstaaten zeige die enge Verknüpfung mit der Entwicklung der Europäischen Union auf.

"Die europäischen Sozialpartner, aber auch die Sozialpartner in den Mitgliedsstaaten müssen in das Europäische Semester einbezogen werden, welches von wachsender Bedeutung für die Gestaltung der Zukunft unserer Sozialen Marktwirtschaft ist", forderte Ronzitti.

Der Vizepräsident für den Euro und den sozialen Dialog, Valdis Dombrovskis, sagte am Jahrestag:

*"Um das europäische Sozialmodell voranzubringen, setzt sich die Juncker-Kommission für eine Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik ein. Ein gut funktionierender sozialer Dialog ist ein Schlüsselement für eine erfolgreiche Ausgestaltung und Umsetzung von Reformen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften und zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen. Aufbauend auf den Errungenschaften der Vergangenheit sollten wir nun an der Qualität des sozialen Dialogs auf EU-Ebene weiterarbeiten.“*

Marianne Thyssen, EU-Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, erklärte:

*„Der Sozialdialog ist die Voraussetzung dafür, dass unsere soziale Marktwirtschaft funktioniert. Auf EU-Ebene wurden gut entwickelte Strukturen des Dialogs geschaffen, die bereits zu sehr konkreten Ergebnissen geführt haben. Wir wollen daher auf dem Erreichten der letzten Jahrzehnte aufbauen und dem sozialen Dialog neue Impulse geben. Wir brauchen eine stärkere Einbeziehung der Sozialpartner, um adäquate Antworten auf die großen Herausforderungen in Europa zu geben. Ich freue mich daher auf die hochrangige Veranstaltung am 5. März, welche die führenden Vertreter der EU-Kommission und der Sozialpartner der europäischen und nationalen Ebene zusammenbringen wird.“*

Der europäische soziale Dialog hat sich in folgenden Formen etabliert: [Weiterlesen](#)

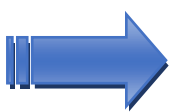
## bvöd-Artikel teilen mit Social-Media-Buttons

Wie folgender Ausschnitt eines Artikels der bvöd-Homepage zeigt, besteht ab sofort die Möglichkeit Artikel über Social-Media-Buttons in folgenden drei Online-Netzwerken zu teilen: Facebook, Twitter und Google Plus.



Hinweis zum Thema Datenschutz:

Durch die Nutzung von „[Shariff-Buttons](#)“ für die bvöd-Homepage anstatt der üblichen Social-Media-Buttons wird der direkte Kontakt zwischen Social Network und Homepagebesucher erst dann aktiv, wenn der Share-Button geklickt wird. Shariff verhindert somit, dass Sie auf jeder besuchten Seite eine digitale Spur hinterlassen, und verbessert den Datenschutz. Die üblichen Social-Media-Buttons übertragen die User-Daten schon bei jedem Seitenaufruf an Facebook & Co. und geben den sozialen Netzwerken genaue Auskunft über das Surfverhalten des Homepage-Besuchers (User Tracking).



**bvöd bei Twitter folgen:**

<https://twitter.com/bvoed>

**CEEP bei Twitter folgen:**

[https://twitter.com/ceep\\_eu](https://twitter.com/ceep_eu)

**bvöd bei Facebook:**

[Link](#)

## CEEP-Unternehmensumfrage: 5. Auflage “Pulse of Public Services” gestartet

---

Am Montag dieser Woche hat CEEP die mittlerweile fünfte Auflage seiner europaweiten Umfrage "Pulse of Public Services" unter öffentlichen Unternehmen und Erbringern öffentlicher Dienstleistungen gestartet.

Wie bisher auch, bittet CEEP Unternehmensverantwortliche um eine Einschätzung hinsichtlich der aktuellen und zu erwartenden Situation und Entwicklung des Unternehmens in Hinblick auf Investitionen, Beschäftigung und Wachstum.

Die Ergebnisse fließen in die Ausführungen des CEEP als branchenübergreifender EU-Sozialpartner beim kommenden EU-Sozialgipfel ein. Die Umfrage endet am 9. März 2015.

Ziel des „Pulse of Public Services“-Projektes ist es, regelmäßig die aktuelle Einschätzung der Unternehmensverantwortlichen in Europa zur derzeitigen und zukünftigen Lage ihrer Unternehmen und zur Wirtschaft einzuholen und auf europäischer Ebene zu veröffentlichen.

Zur deutschsprachige Version der Umfrage: <https://www.surveymonkey.com/s/ppsspring2015DE>

Eine [Zusammenfassung der bisherigen vier Umfragen](#) (pdf; englisch) aus dem Zeitraum Frühjahr 2013 bis Herbst 2014 zeigt, dass die Hälfte der öffentlichen Unternehmen Finanzierungsprobleme bei Investitionen hat. Ein Drittel der Führungsverantwortlichen geben an, dass die Rekrutierung geeigneten Personals eine Herausforderung für das Unternehmen darstellt. Budgetkürzungen sind für die Unternehmen die größte Herausforderung.

## Aktuelles aus Brüssel und vom CEEP

### Personeller Wechsel im CEEP Generalsekretariat für Bereich Public Services

Laurent Felix, Referent für den Bereich Public Services im CEEP-Generalsekretariat, hat Ende Februar CEEP verlassen. Seine Nachfolgerin ab März 2015 steht bereits fest:

Frau Maika Fohrenbach hat einen Masterabschluss des Institut d'Etudes politiques Lille (2008-2013) und einen Abschluss des Europacollege in Brügge (2013-2014). Sie ist deutsch- und französischsprachig aufgewachsen. Frau Fohrenbach wird ab sofort das Public Service Board und die sektoralen Task Forces SGI, Internal Market und Local Enterprises betreuen.

Kontaktdaten: [maika.fohrenbach@ceep.eu](mailto:maika.fohrenbach@ceep.eu); Tel: +32 – 2 2292143

### CEEP-Präsident Reck trifft EU-Kommissionsvizepräsident Šefčovič



Am Dienstag, den 24. Februar 2015, kamen CEEP-Präsident Reck, CEEP-Generalsekretärin Ronzitti und der EU-Kommissionsvizepräsident für die Energieunion, Maroš Šefčovič (Mitte), zu einem Treffen in Brüssel zusammen. In dem Gespräch ging es unter anderem um die von der EU-Kommission geplante neue Strategie zur Schaffung einer Energieunion und auch um die Rolle der EU-Sozialpartner. "Wir unterstützen die EU-Kommission voll und ganz

bei ihrem Ansatz einer ganzheitlichen Energiepolitik und begrüßen daher auch grundsätzlich die Mitteilung zur Energieunion. Es muss aber auch ganz klar gesagt werden, dass ohne die lokale und regionale Dimension eine erfolgreiche Energiepolitik, insbesondere im Sektor der erneuerbaren Energien und bei der Energieeffizienz, nicht möglich sein wird", unterstrich der CEEP-Präsident. Weitere Themen waren die Position der EU in den kommenden Klimaverhandlungen in Paris und die Planungen der EU-Kommission an einem zukünftigen Strommarktdesign.

## Themenbereich Public Services

### EU-Handelspolitik: CEEP bei TTIP-Stakeholder-Forum

Vom 2. bis 6. Februar 2015 fand in Brüssel die 8. Verhandlungsrunde zwischen der EU und den USA über die geplante US-amerikanisch-europäische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) statt. Die Verhandlungsgruppen beider Seiten versuchten Fortschritte bei fast allen Themen mit Ausnahme des Investor-Staat Streitbeilegungsmechanismus (ISDS) zu erzielen.

Interessengruppen, darunter CEEP, hatten am 4. Februar die Gelegenheit an zwei [Veranstaltungen](#) teilzunehmen und sich über die aktuellen Verhandlungsstände zu informieren. CEEP-Generalsekretärin Ronzitti brachte die Standpunkte von CEEP in die Debatte ein:

Sie betonte, dass „die TTIP-Verhandlungen die im Vertrag von Lissabon erreichte Interessenbalance nicht gefährden dürfen und die Herangehensweise der EU die Definitions-, Organisations- und Finanzierungsfreiheit zur Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, denen eine Sonderstellung im Binnenmarkt und im Wettbewerbsrecht zukommt, berücksichtigen muss“. Sie unterstrich ferner, dass es von größter Bedeutung sei, in den Verhandlungen über das öffentliche Auftragswesen in TTIP die Grundsätze und Regeln der neu verabschiedeten EU-Richtlinie über öffentliche Aufträge zu berücksichtigen. Schließlich machte sie auf die inhaltlichen Diskrepanzen bezüglich des Investitionskapitels und des Kapitels zum öffentlichen Beschaffungswesen in CETA aufmerksam und rief die Verhandlungsteams dazu auf, diese Punkte besonders aufmerksam auszugestalten.

Aus [Sicht von CEEP](#) ist es zudem besonders dringlich, die geplanten TTIP-Kapitel zu „Wettbewerb“ und „Regulatorische Kohärenz“ als Teil der regulatorischen Kooperation unter besondere Beobachtung zu nehmen. Zu beiden Bereichen hat die EU kürzlich [Textvorschläge](#) veröffentlicht. CEEP wird in den kommenden Monaten den geplanten Umfang des Wettbewerbskapitels aufmerksam verfolgen, um zu erfahren, welche Bedingungen für Unternehmen gelten, die mit **Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse** betraut sind.

In Bezug auf das Kapitel "regulatorische Kohärenz" wird erwartet, dass sich die EU-Kommission in den kommenden Monaten zu ihrer Position äußern wird. Die Bedeutung dieses Kapitels rührt daher, dass es die rechtlichen Verpflichtungen der zentralen und dezentralen Regulierer gegenüber der anderen Vertragspartei definieren wird. Es wird beispielsweise zu klären sein, ob die geplanten Regulierungsvorhaben frühzeitig vorgelegt und deren Auswirkungen auf den TTIP-Vertrag geprüft werden müssen. Noch entscheidender ist, wie die EU-Kommission den zukünftigen bilateralen Kooperationsmechanismus mit den USA ausgestalten wird.

Aus Sicht von CEEP scheint klar zu sein, dass sich die EU-Kommission für eine Umsetzung des Mechanismus einsetzen wird, die regelmäßige Treffen beider Seiten vorsieht und die Identifizierung weiterer Bereiche der Zusammenarbeit ermöglicht, sobald das TTIP-Abkommen unterzeichnet ist. Allerdings hat die EU-Kommission bisher weder über den Umfang noch die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine solche Zusammenarbeit aufgeklärt.

## SGI-Task Force diskutiert TTIP- und CETA-Folgen für Public Services



Am 20. Februar fand in Brüssel die erste Sitzung der CEEP-Task Force SGI in 2015 statt. Als Gast berichtete Tim Peter, Mitarbeiter im MEP-Büro von Bernd Lange, dem Vorsitzenden des Handelsausschusses, über die politischen Hintergründe des Berichtsentwurfs zur TTIP und diskutierte mit den Anwesenden, welche Rückschlüsse für die Public

Services aus dem CETA-Abkommen zu ziehen sind. Peter zeigte sich dafür offen, mit CEEP in Kontakt zu bleiben und sich über mögliche Ergänzungen im Bericht auszutauschen.

## Themenbereich Social Affairs

### CEEP bei MED Pol: "Reformen, Investitionen und eine nachhaltige Haushaltspolitik weisen den Weg"



CEEP Executive Vice-President Milena Angelova (2.v.l.) betonte in der Sitzung des Makroökonomischen Dialoges (MED) am 16. Februar 2015 die Bedeutung des Sozialdialoges für die Umsetzung von strukturellen Reformen, um ein langfristiges Wachstum zu generieren: „Reformen in den Mitgliedsstaaten sind weiterhin notwendig

und wir haben noch nicht die institutionellen Rahmenbedingungen und Infrastrukturen geschaffen, um ein langfristiges Wachstum zu unterstützen. Bei aller Diskussion um Reformen sollten wir die Rolle des Sozialdialoges nicht vergessen, der ein gutes Instrument für ausgewogene soziale Lösungen ist und verhindert, dass die Arbeitsmärkte weiter unter Druck geraten“.

Die Europäischen Sozialpartner CEEP, EGB und Business Europe treffen sich zweimal pro Jahr mit hochrangigen Vertretern des Rates, der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank im Rahmen des Makroökonomischen Dialogs auf politischer Ebene (MED Pol).

Angelova begrüßte die Einführung des Dreiklangs von Strukturreformen, Investitionen und haushaltspolitischer Verantwortung im Stabilitäts- und Wachstumspakt. [Zum vollständigen Artikel](#)

## **Abschlussseminar des CEEP-Projektes “Exchange of practices between leaders of public services” fand in Lissabon statt**

Das Seminar in Lissabon fand am 6. Februar 2015 statt. Co-organisiert vom CEEP-Generalsekretariat und der portugiesischen Sektion des CEEP diskutierten die Teilnehmer die "Entwicklung von Synergien und die Bewältigung des Wandels in öffentlichen Dienstleistungen in Zeiten von Finanzzwängen“ an folgenden Fragen:

- Was sind die wichtigsten Herausforderungen bei einem Zusammenschluss von Unternehmen und Dienstleistungsanbietern?
- Welche Methoden gibt es, um Synergien zwischen Abteilungen und Anbietern zu entwickeln?
- Was sind übertragbare Lösungen für eine finanziell tragfähige und nachhaltige Bereitstellung von Diensten?

Lissabon nahm als Tagungsort eine symbolische Rolle ein, da gerade Portugal von der Finanzkrise stark betroffen ist und dort viele Anbieter von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse tiefgreifende Restrukturierungs- und Anpassungsprozesse vor und hinter sich haben, während sie gleichzeitig die hohe Qualität der Dienstleistungen für die Bürger sicherstellen müssen. [Zum vollständigen Artikel](#)

Rückschau zum Projekt:

Beim Aufsetzen des Projektes im Jahr 2013 war geplant, Führungsverantwortliche aus dem Bereich der öffentlichen Dienstleistungen zusammenzubringen und zukünftige Schulungsmaßnahmen für CEEP-Mitglieder zu initiieren.

Ein Jahr und fünf Seminartreffen in London, Athen, Nikosia, Rom und Lissabon später sind insgesamt mehr als 100 Führungskräfte zusammengekommen, um sich mit CEEP über zukünftige Herausforderungen in ihren Sektoren auszutauschen. Die Treffen waren thematisch von aktuellen politischen Prioritäten der nationalen und EU-Agenden und von eingebrachten Themen der CEEP-Mitglieder geprägt: Human Resource Management, der Austausch mit Aufsichtsbehörden, die Antizipation von Veränderungen und das Managen öffentlicher Dienstleistungen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten waren einige der Themen. [Zum vollständigen Artikel](#)

**Nach Abschluss des Projektes wird CEEP ein Toolkit herausgeben, welches die wesentlichen Inhalte der Sitzungen und auch die in den Seminaren gehaltenen Präsentationen bündeln wird.**



## CEEP-Sektorthemen

### CEEP bei Konferenz zur Energieunion in Riga



Am 6. Februar 2015 nahm CEEP an der von der lettischen Ratspräsidentschaft organisierten [Konferenz](#) in Riga teil. Elmar Thyen (siehe Foto 2.v.l.), Vorsitzender der CEEP Energie Task Force (Unternehmen Trianel), nahm an der Paneldiskussion "A competitive and completed internal energy market" zur Thematik "[The Five Dimensions of the European Energy Union](#)" teil und stellte die CEEP-Positionen bezüglich der Energieunion vor. Er

unterstrich den Bedarf für zuverlässige politische Rahmenbedingungen, eines angepassten Marktdesigns sowie von passenden Hardware- (Interkonnektoren) und Softwarebestandteilen (Netzwerk-Codes), um einen wettbewerblichen und vollständigen Energiebinnenmarkt zu realisieren.

CEEP stellte auch klar, dass die Energieunion in „Energie- & Klima-Union" umbenannt werden sollte, um ein breiteres Spektrum von Aktivitäten zu umfassen. Dies würde aus Sicht von CEEP auch ein starkes Signal für die Position der EU vor der Klimakonferenz COP 21 in Paris senden.

An der Konferenz nahmen der Vizepräsident der EU- Kommission, Maroš Šefčovič, die lettische Ministerin für Wirtschaft, Dana-Reizniece Ozola, der EU-Kommissar für den Klimawandel und Energie, Miguel Arias Cañete, und Vertreter des EU-Parlaments sowie Energie-Experten aus verschiedenen Organisationen teil.

Konferenzmitschnitte ansehen auf Youtube: [LINK](#)

Programm der Konferenz: [LINK](#) (pdf)

### Sitzung der CEEP-Task Force Energy mit Claude Turmes



Am Dienstag, den 3. Februar 2015, nahm der EU-Parlamentsabgeordnete Claude Turmes (Grüne/EFA, Luxemburg; siehe Foto, Mitte) an der CEEP-Task Force Sitzung Energie teil. Im Fokus standen die von der EU-Kommission geplanten Vorschläge zur Ausgestaltung der EU-Energieunion, die am 25. Februar veröffentlicht werden sollen.

Weitere Themen waren der Regulierungsrahmen bis 2030, die ETS-Reform und die weiteren Prioritäten der EU-Energiepolitik.

### CEEP bei Multi-Stakeholder Forum zu CSR in Europa vertreten



Vom 3. bis 4. Februar 2015 fand in Brüssel das [Multi-Stakeholder Forum on Corporate social responsibility](#) (CSR MSF) der EU-Kommission statt. CEEP stellte dort das europäische CEEP-CSR-Label vor, das zuletzt [2014 an 24 Unternehmen](#) verliehen wurde.

Die Konferenz bot CSR-Experten aus ganz Europa die Gelegenheit, sich über die 2014 erneuerte und konsultierte EU-CSR-Strategie auszutauschen: [LINK](#)

## EU-News im Überblick

---

### Neue Abstimmungsregeln in der Europäischen Union

Zum Jahresbeginn kommt gemäß den Änderungen aus dem Vertrag von Lissabon das Verfahren der doppelten Mehrheit im EU-Ministerrat bei ordentlichen Gesetzgebungsverfahren zum Tragen. Abhängig von der Landesgröße hatte jedes Land nach der alten Regelung eine nach der Bevölkerungszahl gewichtete Stimmenanzahl. Wird jetzt ein Beschluss angenommen, müssen mindestens 15 von den 28 Mitgliedstaaten zustimmen, dann ist die 55-Prozent-Hürde erreicht. Gleichzeitig müssen diese Länder 65 Prozent der EU-Bevölkerung vertreten (Verfahren der doppelten Mehrheit). Außerdem ist eine Sperrminorität vorgesehen, wenn mindestens vier Mitgliedstaaten, die zusammen mehr als 35 Prozent der Bevölkerung der EU ausmachen, gegen einen Vorschlag stimmen. Für die politische Entscheidungsfindung ist diese Änderung relevant, da nunmehr große Mitgliedstaaten angehalten sind, sich stärker um eine Unterstützung aller EU-Mitgliedstaaten zu bemühen. Jedoch gilt noch bis zum 31. März 2017 die Übergangsregelung, nach der Mitgliedstaaten verlangen können, dass Entscheidungen nach der alten Regelung einer qualifizierten Mehrheit getroffen werden.

Quelle: [GdW Europabrief](#)

### Juncker-Kommission beschleunigt Abruf der EU-Gelder gegen Jugendarbeitslosigkeit

Aus der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen (YEI) soll bereits in diesem Jahr 1 Mrd. Euro an Mitteln fließen. Die Kommission will mit ihrem am 4. Februar 2015 vorgelegten [Vorschlag](#) die Vorfinanzierung, die Mitgliedstaaten zur Förderung der Beschäftigung von jungen Menschen erhalten, von Beschäftigungsmaßnahmen um bis das 30-fache erhöhen und bis zu 650.000 junge Menschen erreichen. Staaten wie Griechenland und Spanien haben wegen der angespannten Budgetlage Probleme, bei einer niedrigen Vorfinanzierung der EU ein Beschäftigungsprojekt überhaupt anzustoßen. Künftig soll es möglich sein, die bereitgestellten Mittel teilweise zur Vorfinanzierung zu nutzen, um operationelle Programme zu starten. Der entsprechende Legislativvorschlag muss noch vom Europäischen Parlament und vom Rat erörtert werden, die den Vorschlag annehmen müssen, ehe er in Kraft treten kann.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### EU-Kommission veröffentlicht Winter-Wirtschaftsprognose

Die EK veröffentlichte am 5. Februar 2015 die [Winter-Wirtschaftsprognose 2015](#). Danach könnten die Volkswirtschaften aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union zum ersten Mal seit 2007 in diesem Jahr wieder wachsen. Des Weiteren werden für den gesamten Euroraum trotz Erholung nur ein langsamer Rückgang der Arbeitslosigkeit, ein weiterer Abbau der öffentlichen Defizite als auch ein verzögerter Anstieg der Inflation ab 2016 prognostiziert. Auswertung für Deutschland: [LINK](#) (pdf)

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **Bundesrat berät EU-Pläne für Investitionsoffensive**

Die Bundesländer haben in einer am 6. Februar 2015 verabschiedeten Stellungnahme an die EU-Kommission das Vorhaben der Juncker-Kommission zum Investitionspaket grundsätzlich begrüßt und äußern darin die Ansicht, dass Forschung und Entwicklung, Innovation, Umwelttechnik und der Ausbau der Breitbandversorgung besondere Projektschwerpunkte sein sollten. Die Länder vertreten zudem die Auffassung, dass Investitionen in forschungsbasierte Projekte einen Schwerpunkt der EFSI-Finanzierung bilden müssen. Sie fordern gegenüber der Bundesregierung eine angemessene Einbeziehung der Länder in die weitere Umsetzung der Offensive.

Quelle: [Bundesrat](#)

### **Eurostat: EU-Energieverbrauch 2013 auf Niveau der 1990er Jahre gesunken**

Laut Zahlen des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) vom 9. Februar 2015, hat im Jahr 2013 die EU zudem über die Hälfte (53 Prozent) ihrer Energie importiert. Den größten Anteil an der EU-internen Energieerzeugung hatte 2013 die Kernenergie (29 Prozent), gefolgt von erneuerbaren Energieträgern (24 Prozent), festen Brennstoffen (20 Prozent), Erdgas (17 Prozent) und Erdöl (9 Prozent)

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **EU-Gipfel berät über Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion**

Am 12. Februar 2015 kamen die Staats- und Regierungschefs der EU28, der Präsident des Europäischen Rats Donald Tusk und der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker zu einem informellen Treffen des Europäischen Rats zusammen, um über die jüngsten Entwicklungen und angemessene Maßnahmen zur europäischen Sicherheit und die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu sprechen. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker präsentierte den Staats- und Regierungschefs eine [Analyse zu Zustand und Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion](#) als Grundlage für weitere Diskussion bis zum Treffen des Europäischen Rats im Juni 2015.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **Europäischer Ausschuss der Regionen wählt neuen Vorsitz**

Am 12. Februar 2015 begann für den Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) eine neue fünfjährige Mandatsperiode. In seiner konstituierenden Plenartagung hat der AdR Markku Markkula als neuen Präsidenten und Karl-Heinz Lambertz als Ersten Vizepräsidenten gewählt. Mit Frans Timmermans diskutierten die Delegierten zudem über die Prioritäten der Kommission im Arbeitsprogramm der Kommission für 2015 sowie mit Kommissionsmitglied Malmström über die regionale und lokale Dimension der TTIP und die potenziellen Auswirkungen von TTIP auf öffentliche Dienstleistungen. Die AdR-Mitglieder haben eine [Entschließung](#) verabschiedet, in der die politischen Prioritäten der Kommission aus Sicht der lokalen Regierungs- und

Verwaltungsebenen betrachtet werden und ebenso eine [Stellungnahme](#) von Markus Töns (SPE/DE), Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen, zur TTIP.

Quelle: [AdR](#)

### **EU-Kommission genehmigt deutsche Förderprogramme zur Kohäsionspolitik**

Die EU-Kommission hat am 13. Februar 2015 eine Reihe nationaler und regionaler Kohäsionsprogramme für die Förderperiode 2014-2020 angenommen. Damit können insgesamt 266 Förderprogramme im Wert von insgesamt 256 Milliarden Euro mit der Umsetzung in der EU starten. Auch die in Deutschland geplanten Förderprogramme zum Europäischen Fonds für die Regionale Entwicklung (EFRE) und zum Europäischen Sozialfonds (ESF) wurden genehmigt.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **Neue Finanzinstrumente für Investitionen in Umwelt, Klima und Energieeffizienz**

Mit zwei neuen Finanzinstrumenten wollen die Europäische Investitionsbank und die EU-Kommission gemeinsam Investitionen in Energieeffizienz, Naturschutz und die Anpassung an den Klimawandel ankurbeln. Das Geld soll aus privaten und öffentlichen Quellen kommen und durch EIB-Kredite und Unterstützung aus dem EU-Förderprogramm LIFE abgesichert werden. Die EU-Kommissare Karmenu Vella, zuständig für Umweltpolitik, und Miguel Arias Cañete, zuständig für Energie- und Klimapolitik, hatten die zwei neuen Finanzinstrumente mit einem Volumen von bis zu 205 Mio. Euro bis 2017 am 16. Februar 2015 vorgestellt.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **EIB: Kleine und mittlere Unternehmen erhalten Mittel aus EU-Investitionspaket**

Kleine und mittlere Unternehmen können noch vor dem Sommer finanzielle Unterstützung aus dem neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) erhalten. Diese Entscheidung hat am 17. Februar 2015 der Rat der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank (EIB) getroffen.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **Bundesregierung gegen EU-Kommission vor dem EuGH**

Die Bundesregierung hat beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen die EU-Kommission erhoben, weil diese das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) noch immer als Beihilfe einstuft. Mit der Klage wolle man "die grundsätzliche Rechtsfrage" klären, ob das EEG als staatliche Beihilfe einzustufen sei, so eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums gegenüber EurActiv am 17. Februar 2015.

Quelle: [EurActiv](#)

### **Konsultation zur Kapitalmarktunion gestartet**

EU-Finanzmarktkommissar Jonathan Hill hat am 18. Februar 2015 das Projekt eines echten Kapitalbinnenmarktes vorgestellt, um Investitionen in Europas Wachstum zu mobilisieren. Die Kapitalmarktunion soll Hürden beseitigen, die grenzüberschreitenden Investitionen in der EU und dem Zugang von Unternehmen zu Finanzmitteln im Wege stehen. Die Konsultation geht bis zum 13. Mai 2015. Die CEEP-Task Force „Sozialschutz“ wird sich daran beteiligen.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **EU-Kommission plant Paket zur Steuertransparenz**

Im Kollegium der Kommissionsmitglieder fand am 18. Februar 2015 eine erste Grundsatzdebatte für „mehr Fairness und Transparenz bei der Besteuerung in der EU“ und damit über die Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung statt. Im März wird die EU-Kommission ein Paket zur Steuertransparenz vorlegen, das einen Legislativvorschlag für den automatischen Austausch von Informationen über verbindliche Steuerauskünfte umfasst. Für den Sommer ist ein Paket zur fairen und effizienten Körperschaftbesteuerung geplant, in dem auch aktuelle Initiativen der G20 und der OECD zur Bekämpfung von Steuervermeidung berücksichtigt werden sollen.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **Rückzug und Neuverschlagnung von EU-Kreislaufwirtschaftspaket wahrscheinlich**

An dem im Arbeitsprogramm aufgeführten Vorschlag, das Kreislaufwirtschaftspaket zurückzuziehen und den europäischen Gesetzgebern einen neuen Vorschlag zu unterbreiten, wird die EU-Kommission nach Einschätzung des Europabüros des VKU höchstwahrscheinlich festhalten. Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans habe bei einer [Aussprache](#) bei den Grünen im EU-Parlament nicht mehr das "Ob" sondern nur noch die Hintergründe eines solchen Vorgehens erläutert. Im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestages erklärte Timmermans am 24. Februar 2015, dass das Fehlen einer Kreislaufbetrachtung der Grund für die Rücknahme der Vorschläge sei. Er kündigte an, noch in diesem Jahr neue Vorschläge zu machen.

Quelle: [VKU](#) und [Bundestag](#)

### **EU-Kommission veröffentlicht Bestandsaufnahme des digitalen Europas**

Die EU-Kommission hat am 24. Februar 2015 den [neuen Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft](#) mit Zahlen zur Umsetzung eines digitalen europäischen Binnenmarktes vorgestellt. Gemessen wurden die Breitbandversorgung, die Internetkenntnisse, die Nutzung des Internets, der Entwicklungsstand von digitalen Technologien (elektronischer Handel oder Clouddienste) und die digitalen öffentlichen Dienste. Deutschland

liegt demnach im Mittelfeld, knapp über dem EU-Durchschnitt. Im Mai wird die Europäische Kommission ihre Strategie für den europäischen Binnenmarkt vorlegen.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **EP-Umweltausschuss beschließt Trilogverhandlungen zur Reform des Emissionshandels**

Der EP-Umweltausschuss hat am 24.02.2015 ein Mandat für den Trilog zur Marktstabilitätsreserve mit Rat und Kommission erteilt. Bereits am 23./24.10.2014 hatte der Europäische Rat im Rahmen der Eckpunkte zum Klima- und Energiepaket 2030 beschlossen, eine Marktstabilitätsreserve (MSR) zur Steuerung des Emissionshandels einzuführen. Die EU-Kommission legte daher im Januar 2014 den Entwurf einer MSR als Teil einer Reform des EU-Emissionshandelssystems, das den Wert der EU-Emissionszertifikate hochtreiben soll, vor. Verbände der Energiebranche, darunter die bvöd-Mitglieder VKU und BDEW hatten im Vorfeld für 2017 als Startpunkt der Verknappung votiert. Auch die Bundesregierung setzt sich dafür ein, die von der EU-Kommission vorgeschlagene Marktstabilitätsreserve bereits in 2017 einzuführen sowie die im Rahmen des «Backloading» zurückgehaltenen Versteigerungsmengen direkt und vollständig in die Reserve zu überführen.

Quelle: [Bundesumweltministerium](#) und [EurActiv](#)

### **EU-Kommission legt Entwurf zu Energieunion vor**

Am Mittwoch, 25. Februar 2015, hat die EU-Kommission ihren [Entwurf eines strategischen Rahmens für eine europäische Energieunion](#) mit dem Schwerpunkt einer „zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik“ vorgelegt (→ zur [Mitteilung](#)). Folgende fünf Ziele sollen nach den Plänen der EU-Kommission damit erreicht werden: Energieeffizienz, Verringerung des Ausstoßes von Kohlendioxid, Versorgungssicherheit, Innovation und Strombinnenmarkt. „Dies beinhaltet u. a. neue Rechtsvorschriften zur Umgestaltung und Reformierung des Strommarktes, die Schaffung von mehr Transparenz bei Gaslieferverträgen, den deutlichen Ausbau der regionalen Zusammenarbeit als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem integrierten Markt mit einem stärker regulierten Regelungsrahmen, neue Rechtsvorschriften zur Sicherstellung der Lieferung von Strom und Gas, mehr EU-Mittel zur Förderung von Energieeffizienz oder ein neues Maßnahmenpaket für erneuerbare Energien, eine europäische Forschungs- und Innovationsstrategie oder die jährliche Berichterstattung über den Stand der Energieunion.“, so die EU-Kommission in einer ersten [Erklärung](#). Der Startschuss für die Energieunion erfolgte bereits am 4. Februar 2015 mit einer ersten [Orientierungsdebatte](#) der EU-Kommission.

bvöd-Mitglieder haben am 25. Februar 2015 folgende Reaktionen zum Strategieentwurf veröffentlicht:

- VKU: [VKU zum EU-Strategiepapier zur Energieunion](#)
- BDEW: [Neuer Schwung für Europas Energiepolitik](#)

Ebenfalls am gleichen Tag veröffentlichte die EU-Kommission die [Mitteilung „Das Paris-Protokoll - Ein Blueprint zur Bekämpfung des globalen Klimawandels nach 2020“](#) (pdf) mit Vorstellungen der EU für ein weltweites

Klimaübereinkommen, das im Dezember 2015 in Paris geschlossen werden soll. Eine weitere veröffentlichte [Mitteilung](#) (pdf) beinhaltet Maßnahmen zur Erreichung des Stromverbundziels von 10 Prozent bis 2020, was der Mindestmenge entspricht, die notwendig ist, damit Energie zwischen den Mitgliedstaaten fließen und gehandelt werden kann.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **Kommende Termine auf EU-Ebene:**

- 03. März 2015** EU-Kommission wird den fünfjährigen [Bericht der Europäischen Umweltagentur](#) zur Umwelt in der Europäischen Union veröffentlichen.
- 25. März 2015** EU-Kommission wird Gespräche über den digitalen Binnenmarkt führen und über das weitere Vorgehen beraten.
- 06. Mai 2015** Europäische Kommission wird ihre Strategie zur Vollendung des digitalen Binnenmarktes vorstellen.
- 19. Mai 2015** EU-Kommission wird die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters zur Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik vorstellen.
- 27. Mai 2015** EU-Kommission wird den Budgetentwurf für das Jahr 2016 veröffentlichen.



## Mitglieder-News im Überblick

### VKA: Tarifbindung bei Kommunen steigt weiter



Wie der VKA [Ende Januar 2015 berichtet](#), ist 2014 die Zahl der Tarifbeschäftigten bei kommunalen Arbeitgebern erneut gestiegen. Demnach arbeiten 2,12 Mio. Beschäftigte in Deutschland im öffentlichen Dienst der Kommunen. Das sind 1,2 Prozent mehr als noch ein Jahr zuvor. Zum kommunalen öffentlichen Dienst gehören sowohl Verwaltungen als auch kommunale Unternehmen. Die größte Sparte der

kommunalen Arbeitgeber ist die Verwaltung. Hier ist auch der Zuwachs am stärksten: 1,19 Mio. Beschäftigte – ein Plus von über 19.000 Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr. Den deutlichsten prozentualen Anstieg verzeichnen die kommunalen Nahverkehrsbetriebe: +2,5 Prozent gegenüber 2013. Ebenfalls zu den kommunalen Arbeitgebern gehören kommunale Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen (465.000 Beschäftigte), Sparkassen (213.000), Ver- und Entsorgungsbetriebe (160.000) sowie Flughäfen (24.000).

Die Personalbestandserhebung der VKA ist eine jährliche Vollerhebung aller Tarifbeschäftigten bei kommunalen Arbeitgebern, die tarifgebundene Mitglieder in einem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) sind. Stichtag ist jeweils der 31. Mai. Nicht berücksichtigt sind Beamte.

### BDEW: Kunden sind mit ihrem Energieanbieter zufrieden

Die Strom- und Gaskunden in Deutschland sind mit ihren Energieanbietern zufrieden. Sie schätzen insbesondere die Sicherheit und Zuverlässigkeit bei der Versorgung. Das ist das zentrale Ergebnis einer aktuellen, repräsentativen [Verbraucherumfrage des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft \(BDEW\)](#), durchgeführt durch das Marktforschungsinstitut prolytics, Dortmund, im Februar 2015. 74 Prozent der Befragten sind laut BDEW-Kundenfokus 2014 mit ihrem Energieanbieter in höchstem Maße oder sehr zufrieden. Weitere 21 Prozent der Befragten sind zufrieden. Das entspricht einer Kundenzufriedenheit von insgesamt 95 Prozent. Die Befragten schätzen vor allem die vielfältigen Tarif- und Beratungsangebote sowie die kompetente Kundenbetreuung. Zudem halten mehr als 70 Prozent der Befragten ihr Energieunternehmen für vertrauenswürdig.

### Verbände der Gebietskörperschaften suchen klimaaktive Kommunen und Regionen

Klimaaktive Kommunen und Regionen können ihre erfolgreichen Projekte auch in diesem Jahr wieder auszeichnen lassen und damit ins Rampenlicht rücken. Das Bundesumweltministerium und das Deutsche Institut für Urbanistik rufen gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern, dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund dazu auf, Bewerbungen in den folgenden drei Kategorien einzureichen: Kommunaler Klimaschutz durch Kooperation, Kommunales Energie- und Klimaschutzmanagement und Kommunaler Klimaschutz zum Mitmachen. Bewerbungen sind bis 31. März 2015 möglich. [Zur Projektseite](#)

### Landkreistag: Länder tragen Verantwortung für die Finanzierung des ÖPNV

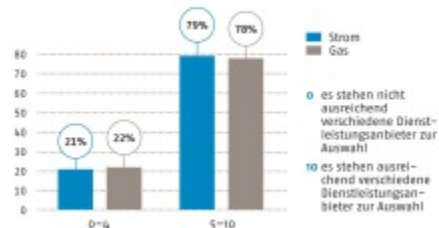
Angesichts der am 11. Februar 2015 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zur Entwicklung der Fahrgastzahlen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Jahr 2014, fordert der Deutsche Landkreistag die Länder auf, ihrer Verantwortung für eine auskömmliche Finanzierung des ÖPNV nachzukommen. Landrat Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistages, erinnerte daran, dass der Nahverkehr Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sei und als Beitrag zur Alltagsmobilität der Menschen erhalten werden müsse.

[weiterlesen](#)

### VKU: Die Anbietersauswahl im Strom- und Gassektor ist in der Europäischen Union gegeben

#### ANBIETERAUSWAHL IN DER EU-28 IN 2013

Auf einer Skala von 0 bis 10, würden Sie sagen, dass ausreichend verschiedene Dienstleistungsanbieter zur Auswahl stehen?



Quelle: European Commission, Consumer Markets Scoreboard - Making markets work for consumers, 10th edition, June 2014. © 2014

Im Rahmen der geplanten [Energieunion](#) verfolgt die EU-Kommission das politische Ziel eines voll funktionierenden EU-Binnenmarktes mit ambitionierten Klimazielen und einer Koordination der Energiepolitiken der Mitgliedsstaaten untereinander. Sie setzt dabei auf die Stärkung der Verbraucherkompetenz und -rechte des Endkunden („[Consumer Empowerment](#)“) durch bessere Information, die Schaffung eines schärferen Bewusstseins für Verbraucherrechte und durch eine bessere Angebots- und Anbietersauswahl.

Die Ergebnisse zur Anbietersauswahl im Strom- und Gassektor in der EU-28 in 2013 hat die EU-Kommission im [Consumer Markets Scoreboard](#) veröffentlicht (siehe VKU-Grafik). Demnach sagen 79 Prozent der Endverbraucher im Strommarkt und 78 Prozent der Endverbraucher im Gasmarkt, dass ihnen ausreichend verschiedene Dienstleistungsanbieter zur Auswahl stehen.

Der VKU verweist bezüglich der Umsetzung des dritten Binnenmarktpakets darauf, dass die Regelungen in Deutschland zur Umsetzung und Vervollständigung des Europäischen Energiebinnenmarktes bereits sehr konsequent umgesetzt worden seien. Insbesondere die Transparenzanforderungen im Rahmen der

Rechnungslegung seien von den Energieversorgungsunternehmen bereits in der Praxis vollzogen worden. „Es ist erfreulich, dass auch die Ergebnisse des Consumer Markets Scoreboard diese Entwicklung wiedergeben“, so der VKU.

### **Dritter BSR-Nachhaltigkeitsbericht erschienen**

Die Berliner Stadtreinigung (BSR), Mitglied des bvöd und Träger des europäischen CEEP-CSR-Gütezeichens von 2012 und 2014, hat vor kurzem ihren dritten Bericht zur Nachhaltigkeit veröffentlicht. Unter dem Titel „Unterwegs in die Zukunft“ informiert der Report darüber, wie die BSR im Berichtszeitraum 2011 bis 2014 das Prinzip der Nachhaltigkeit in konkretes unternehmerisches Handeln umgesetzt hat. In dem Bericht sind alle drei Dimensionen von Nachhaltigkeit, die ökonomische, ökologische und soziale Komponente, mit Unternehmensprojekten und -maßnahmen aufgeführt. Zum Bericht: <http://www.bsr.de/13909.html>; zur BSR-Nachhaltigkeitsseite: <http://nachhaltigkeit.bsr.de/>

### **CIRIEC INTERNATIONAL veröffentlicht Tätigkeitsbericht für die Jahre 2012 - 2014**

Das Generalsekretariat des Internationalen Forschungs- und Informationszentrums für öffentliche Wirtschaft, Sozialwirtschaft und Genossenschaftswesen (CIRIEC) hat einen [Tätigkeitsbericht](#) über die zurückliegenden drei Jahre veröffentlicht. Dieser bietet einen Rückblick auf den 29. internationalen CIRIEC-Kongress 2012 in Wien zum Thema „Öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft im Dienst der Allgemeinheit“ und auf die 4. „Internationale CIRIEC Forschungskonferenz zur Sozialwirtschaft“ in Antwerpen im Oktober 2014. Zudem greift er die aktuelle wissenschaftliche Arbeit von CIRIEC in den bestehenden wissenschaftlichen Gremien auf.

CIRIEC ist ein Zusammenschluss aus zurzeit 13 [nationalen Sektionen](#), bestehend aus öffentlichen Körperschaften, Unternehmen und Organisationen der öffentlichen, sozialen und genossenschaftlichen Wirtschaft sowie Einrichtungen und Institutionen, für die diese wirtschaftlichen Aktivitäten aus wissenschaftlicher oder kultureller Sicht von Interesse sind. CIRIEC unterhält ein internationales wissenschaftliches Netz mit über 250 aktiven Experten für öffentliche, soziale und genossenschaftliche Wirtschaft. Es bietet daher eine Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch im Geist der Zusammenarbeit und gegenseitiger Bereicherung.

Der bvöd stellt mit seinem Wissenschaftlichen Beirat die deutsche Sektion von CIRIEC.

## Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen

### Aktueller Stand zur TTIP:

- Vom 2. bis 6. Februar 2015 fand in Brüssel die 8. Verhandlungsrunde zum Transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) statt. In den Verhandlungen ging es vor allem um Regulierungsfragen bei Energie und Rohstoffen sowie bei Dienstleistungen, Investitionen und dem öffentlichen Beschaffungswesen. Auf der Tagesordnung standen weiterhin Regulierungen für Pflanzenschutz, Lebensmittel und geografisch geschützte Angaben. Ferner wurde über Nachhaltigkeit, den Abbau von Zöllen, Wettbewerb und kleinere und mittlere Unternehmen verhandelt. Fragen des Investorenschutzes wurden nicht verhandelt. Die nächste Verhandlungsrunde ist für April 2015 in den USA vorgesehen (Quelle: [GD Trade](#) und [Tagesschau](#)).
- Das EU-Parlament veröffentlichte am 6. Februar einen von Bernd Lange (SPD) verfassten [Entwurf eines Berichts](#) mit Empfehlungen des EU-Parlaments an die EU-Kommission zu den TTIP-Verhandlungen (pdf). Dieser fordert u. a. im Bereich des Marktzugangs „angemessene Ausnahmeregelungen für sensible Dienstleistungen wie **öffentliche Dienstleistungen und öffentliche Versorgungsleistungen** (u. a. Wasser, Gesundheit, Sozialversicherungssysteme und Bildung), die den nationalen und lokalen Behörden genug Spielraum für den Erlass von Gesetzen im Interesse der Öffentlichkeit belassen“ (S. 8). Eine gemeinsame Erklärung der Verhandlungsführer, um „diese Sektoren aus den Verhandlungen auszuklammern“, sei „sehr hilfreich“.
- Insgesamt 11 von 14 involvierten Ausschüssen des EU-Parlaments haben in der Woche vom 23.-27. Februar 2015 den Entwurf des Lange-Berichts diskutiert und sind dabei, Änderungen und Stellungnahmen einzubringen. Die Verabschiedung des Berichts durch das EU-Parlament wird voraussichtlich Mitte Mai 2015 erfolgen. Auch die Fraktionen werden den Berichtsentwurf diskutieren, wenn alle 13 Ausschüsse ihre Eingaben abgegeben haben (Quelle: [EU-Parlament](#)). In der Sitzung des Handelsausschusses am 24. Februar 2015 betonte Lange erneut die Erfordernis zu klären, „von welchen Bereichen die **Daseinsvorsorge** und **öffentliche Unternehmen** ausgeschlossen sind“. Er plädierte für die Verwendung einer Positivliste, „um für die Sicherheit dieser sensiblen Bereichen zu garantieren“.
- Am 10. Februar 2015 veröffentlichte die EU-Kommission ihre [Vorschläge](#) zur **regulatorischen Zusammenarbeit** und zur Schaffung einer neuen Aufsichtsbehörde nach Abschluss der achten TTIP-Verhandlungsrunde. In den Verhandlungen ging es auch um die Gründung eines Regulatory Cooperation Body (RCB) für Regulierungsfragen. Das Gremium soll geplante regulative Vorschläge in Bereichen wie Textilien, Autostandards und Berufsqualifikationen beraten, um gemeinsame Regeln in den USA und der EU zu gewährleisten. Die Arbeitsweise und die Einflussmöglichkeiten des RCB sind bisher jedoch unklar. Die EU-Kommission plant bis April 2015 einen Vorschlag zur regulatorischen Konvergenz und für ein Gremium zur Regulierungszusammenarbeit zu veröffentlichen (Quelle: [EurActiv](#))

- EU-Handelskommissarin Malmström hat Mitte Februar bei einer öffentlichen Konsultation im Londoner Europahaus bestätigt, dass **nationale Gesundheitssysteme** von TTIP „unberührt“ bleiben sollen. „Das Freihandelsabkommen wird die EU-Mitgliedsstaaten nicht davon abhalten, ihre öffentlichen Dienste auszuführen ... nichts wird ausgegliederte Dienste daran hindern, zurück in Staatseigentum zurückgeführt zu werden“, so Malmström (Quelle: [EurActiv](#)).
- Am 23. Februar wurde in Berlin in Rahmen gleich zweier Konferenzen über die TTIP diskutiert. Neben dem Transatlantischen Wirtschaftsforum des BDI, fand die SPD-Konferenz "Transatlantischer Freihandel – Chance und Risiken" im Willy-Brandt-Haus statt. Bundeswirtschaftsminister Gabriel stellte beim Wirtschaftsforum ein neues Modell für ein Schiedsgerichtssystem zum Investorenschutz vor, welches er mit anderen sozialdemokratischen Partei- und Regierungschefs am Wochenende erarbeitet habe (Quelle: [ZEIT](#)) und das bei TTIP zur Anwendung kommen soll. Demnach soll das bislang gängige private Schiedsgerichtssystem durch ein öffentlich-rechtliches ersetzt werden, Gabriel sprach von einer "öffentlich-rechtlichen Gebundenheit". Es müsse in diesem Bereich außerdem mehr Transparenz geben sowie die Möglichkeit der Berufung gegen Schiedssprüche. Und wer ein solches Verfahren verliere, müsse auch dessen Kosten tragen (Quelle: [EurActiv](#)). In der SPD-Konferenz bezeichnete Malmström Gabriels Vorschlag als "eine sehr gute Idee". Allerdings könne man das nicht von einem Tag auf den anderen umsetzen. Für die Zwischenzeit sollten daher weniger ehrgeizige Reformen am Schiedssystem vorgenommen werden (Quelle: [EurActiv](#)). Damit scheint es unwahrscheinlich, dass Gabriels Vorschlag zu einer Änderung der ISDS in CETA führt. Auch bei der Frage, ob CETA und TTIP gemischte Abkommen seien, waren sich Malmström und die anwesenden SPD-Vertreter nicht einig.
- Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) hat in seiner Plenartagung am 13. Februar 2015 eine [Stellungnahme](#) zu den Auswirkungen der TTIP verabschiedet, in der er als zentrale Prioritäten die Beteiligung des AdR an der Beratergruppe zu den TTIP-Verhandlungen, die Wahrung der lokalen Verwaltung von Dienstleistungen, Wasser- und Energieversorgung, Abfallbeseitigung, öffentlichen Verkehrsmitteln und Gesundheitsversorgung sowie die Forderung nach einem Einfuhrverbot für nicht EU-konforme Agrarerzeugnisse anspricht. (Quelle: [AdR](#)).
- Eine "[Initiativgruppe für verantwortungsvolle Handelspolitik](#)", vertreten sind u. a. der Deutsche Kulturrat, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die IG Metall und Verdi, veröffentlichte am 30. Januar 2015 ein [gemeinsames Positionspapier](#) zur TTIP. Die Organisationen kritisieren an der TTIP den Ansatz eines allgemeinen Liberalisierungsgebotes: Dieses erhöhe den Liberalisierungsdruck im gesamten Dienstleistungssektor, der auch Dienstleistungen der Daseinsvorsorge erfasse. Da die Definitionen von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zwischen WTO, USA, EU und Mitgliedsländern wie Deutschland völlig unterschiedlich seien, könnte die von den Verhandlern der EU-Kommission gemachte Aussage, die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge erhalten zu wollen, so unterlaufen werden.

#### Aktueller Stand zu TiSA:

- Die EU-Kommission hat für den 25. Februar 2015 eine Infoveranstaltung für Stakeholder zum Stand des geplanten TiSA (Trade in Services Agreement) angekündigt: [LINK](#)
- EU-Kommissarin Malmström hat Ende Januar 2015 in einem [Brief](#) an den lettischen Außenminister um Veröffentlichung des TiSA-Verhandlungsmandats gebeten: [mehr](#)

#### Aktueller Stand zu ISDS:

- Ende Januar 2015 hat die EU-Kommission vorgeschlagen, UN-Transparenzregeln zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten, die für neue Abkommen bereits gelten, auch bei bereits bestehenden Abkommen anzuwenden und so der Öffentlichkeit auch dort Zugang zu Dokumenten zu geben, Anhörungen bei Streitfällen öffentlich zu machen und interessierten Parteien die Möglichkeit zu geben, in Verfahren selbst Beiträge einzubringen. (Quelle: [EU-Kommission](#)).
- Bei einer gemeinsamen [Anhörung](#) der EU-Parlamentsausschüsse für Recht und für internationalen Handel am 27. Januar 2015 haben Rechtsexperten der Humboldt-Universität, der Universität Amsterdam und der FU Berlin die Ergebnisse dreier Studien im Auftrag des Parlaments zu internationalen Schiedsgerichten im Investorenschutz vorgestellt. Die Experten stimmten bei der Anhörung überein, dass das Investor-Staat-Schiedsverfahren ein effektiver Weg sei, um Streitigkeiten beizulegen. Trotzdem seien Verbesserungen für die Schiedsverfahren notwendig. Sie forderten mehr Transparenz sowie klarere Regeln für Mediationsprozesse und den Zugang zu ISDS.
- Eine Allianz aus konservativen und linken Abgeordneten des französischen Senats verlangte am 6. Februar 2015 die Entfernung des umstrittenen Investor-Staat-Streitschlichtungsmechanismus (ISDS) aus der TTIP. Das französische Oberhaus verabschiedete einstimmig eine entsprechende Entschließung (Quelle: [EurActiv](#))

## Terminvorschau 2015

---

**12.05.2015**      **[bvöd: 1. Präsidiums- und Gesamtvorstandssitzung 2015](#)**

**29.10.2015**      **[bvöd: 2. Präsidiums- und Gesamtvorstandssitzung 2015](#)**

**29.10.2015**      **[bvöd-Mitgliederversammlung 2015](#)**

**29.10.2015**      **Jahresveranstaltung 2015 des bvöd**

CEEP-Arbeits- und Verbandsgremien: [Terminübersicht für 2015](#)

## Kontakt

---

Dominik Hellriegel

fon    +49 (0) 30 / 943 95 13 - 0

Referent bvöd-Geschäftsstelle

email    [hellriegel@bvoed.de](mailto:hellriegel@bvoed.de)

[Alle bisherigen Newsletter-Ausgaben](#)

[Newsletter abonnieren](#) - zur Abbestellung genügt eine Mail an [info@bvoed.de](mailto:info@bvoed.de)